



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Bähr, O.: Die Lehren der jüngsten Vergangenheit

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Lehren der jüngsten Vergangenheit

Von O. Bähr



Die Militärvorlage ist bewilligt. Die erste Gefahr, die aus ihrer Verwerfung drohte, ist für den Augenblick vorübergegangen. Aber welche Lehren hat uns der ganze Verlauf dieser Angelegenheit zurückgelassen! Eine Maßregel, bei der die Existenz unsers Vaterlandes auf dem Spiele steht, über deren Notwendigkeit alle ruhig denkenden Gebildeten Deutschlands einig sind, wird von dem einen Reichstage verworfen, und auch von einem zweiten Reichstage ist ihre Annahme nur mit knapper Not zu erlangen. Nur acht Stimmen brauchten unzustimmen, und sie wäre abermals verworfen gewesen! Sie ist nur angenommen worden mit der Hilfe der polnischen Abgeordneten, die sonst nicht für die Regierung zu stimmen pflegen, diesmal aber anders stimmten, weil ihnen die Folgen eines Krieges mit Rußland vor Augen standen.

Die Vorfrage war die: sind wir genügend gerüstet, den uns feindlich gesinnten Nachbarvölkern in einem Kriege gewachsen zu sein? Denn daß wir wirtschaftlich zu einer Verstärkung unsers Heeres außer Stande seien, kann doch kein vernünftiger Mensch glauben. Jene Frage ist offenbar keine politische und auch keine Frage des Katholizismus. Man sollte daher denken, daß auch ein sehr freisinniger und ein sehr katholisch gesinnter Mann jene Frage ganz unbefangen erwägen und beantworten könnte. Ist es da nicht schon traurig, zu sehen, daß eine solche Frage im deutschen Reichstage lediglich nach Parteigruppen beantwortet wird? Es ist ja möglich, daß es Deutsche giebt, die wirklich glauben, wir wären, auch wenn wir hunderttausende von Soldaten weniger hätten, doch den Franzosen überlegen, oder die glauben, unsre Nachbarvölker seien so friedlich gesinnt, daß wir einen Krieg gar nicht

zu befürchten brauchten. Ist es nun aber denkbar, daß gerade alle Mitglieder des Zentrums, der Volksparteien und der sozialdemokratischen Partei wirklich diese Ansichten gehegt haben? Es wäre ein sonderbarer Zufall.

Nun sagt man freilich: die Wahlen haben gezeigt, daß ein sehr großer Teil des deutschen Volkes die Militärvorlage nicht will. Es wird sogar behauptet, daß die bei der Wahl für Gegner der Militärvorlage abgegebenen Stimmen die Mehrzahl bildeten. Wer ist denn nun aber das „deutsche Volk,“ das diese Stimmen abgegeben hat? Es sind die bethörten Massen, die, aller selbständigen politischen Einsicht bar, jedem demagogischen Einflusse zugänglich sind. Seit Jahren sind sie bearbeitet von Demagogen, die lediglich ihr Parteiinteresse vor Augen haben und in dessen Verfolgung selbst die heiligsten Interessen des Vaterlandes aufs Spiel zu setzen bereit sind.

Durch das allgemeine gleiche Stimmrecht sind diese Massen Herren der Lage geworden. Sie können zwar, so lange noch die Regierungen das Heft in den Händen haben, noch nicht alles, was sie (oder vielmehr ihre Führer) wollen, positiv durchsetzen. Aber sie können schon jetzt dadurch, daß sie die Reichstagswahlen bestimmen, überall hindernd in den Weg treten, selbst bei Dingen, die für Deutschland so nötig sind, wie das liebe Brot. Die von der Sozialdemokratie in Aussicht gestellte Diktatur des Proletariats ist also, bis zu einem gewissen Grade, schon jetzt bei uns ins Leben getreten. Gegen diese Massenherrschaft kann der gebildete Teil der Nation, der doch wohl auch einigen Anspruch auf Einfluß in den öffentlichen Dingen hätte, kaum noch aufkommen.

Nicht von Anfang an hat das allgemeine gleiche Stimmrecht diese Wirkung gehabt. Man hat erst nach und nach gelernt, was sich damit anfangen läßt. Vergleichen wir einmal den Reichstag, wie er ursprünglich war, und wie er im Laufe der Zeit geworden ist. Ohne Zweifel liegt dem auf einzelne Kreise verteilten Wahlrecht der Gedanke zu Grunde, daß jeder Kreis den besten ihm bekannten Mann erwählen soll, um bei der Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten mitzuwirken. Diesem Ideal entsprach auch, wenigstens annähernd, der Reichstag in der ersten Zeit seines Bestandes. Es war eine geistig vornehme Gesellschaft, die sich dort zusammensand, und die besten Namen waren in ihr vertreten. Jeder Wahlkreis hielt es noch für seine Pflicht, eine anständige Persönlichkeit zu entsenden. Auch eine Wahlagitation im heutigen Sinne gab es noch nicht. In vielen Wahlkreisen war der einzige aufgestellte Kandidat gar nicht bestritten. Aber auch wo ein Wettbewerb vorkam, traten doch nur wenige Kandidaten auf. Es war noch nicht Mode, daß der Kandidat im Kreise herumreiste, um sich die Gunst der Wähler zu erbetteln, daß er alles mögliche versprach, um nur ein paar Stimmen zu fangen. Zu Stichwahlen kam es nur selten.

Wie ist das alles anders geworden! Fast jede im Reichstage vertretene

Partei stellt in jedem Wahlkreis ihre Kandidaten auf. Es gilt gar nicht mehr als die Aufgabe, einen dem Wahlkreise bekannten würdigen Mann zu finden. Wildfremde Menschen, die niemand im Wahlkreise kennt, wagen zu kandidiren, wenn sie nur von einer Parteileitung empfohlen sind. Sie reisen im Kreise umher, pauken ihre Wahlreden herunter und gelten dann als die Vertrauensmänner des Kreises. Unter Umständen werden die ärgsten Lumpenkerle aufgestellt, deren Verdienst nur darin besteht, daß sie sich zu einer bestimmten Partei bekennen und ein freches Maul haben. Überall aber muß sich der Kandidat den Wählern empfehlen und vor ihnen seinen Bückling machen. Das verlangt das souveräne Volk. Einem Manne, der etwas auf sich hält, wird es dadurch fast unmöglich, überhaupt noch als Bewerber für den Reichstag aufzutreten.

Aus dem Chaos des Wahlkampfes gehen aber vielfach nur Minderheitswahlen hervor, und dann kommt es zur Stichwahl. Dabei wiederholt sich das ganze widerwärtige Schauspiel. Es gilt nicht bloß die Stimmen einzelner, sondern ganzer Parteien zu gewinnen; dabei wird gefeilscht und gemäkelt, gelogen und betrogen. Schließlich geht, wie der Zufall spielt, ein Kandidat aus der Wahllurne hervor. Schon bei den Mehrheitswahlen werden überall die Minderheiten totgestimmt. Der bei einer Stichwahl gewählte ist aber in Wahrheit nur der Erwählte einer Minderheit. Die bei der Stichwahl hinzugetretenen Wähler lassen sich ihn nur als das kleinere Übel gefallen.

So kommt denn nun ein Reichstag zu stande. Es wäre lächerlich, wollte man in ihm eine wahre Vertretung Deutschlands seiner geistigen Bedeutung nach erkennen. Gerade die bessern Elemente des Volks gehören nur allzu häufig zu den totgestimmten Minderheiten. In Berlin ist unzweifelhaft eine große Summe geistiger Intelligenz angesammelt. Und wer sind die Vertreter dieser Stadt? Fünf Sozialdemokraten und ein unbedeutender Fortschrittsmann! In Hamburg hat der reichste und bedeutendste Handelsstand Deutschlands seinen Sitz. Wen muß er als seine Vertreter gelten lassen? Drei Sozialdemokraten! Ist das nicht die Karrikatur einer Vertretung? Und so ist es fast in allen großen Städten. Nur in geringern Wahlkreisen, die von dem demagogischen Treiben noch minder durchseucht sind, dringt hie und da ein Stück Intelligenz zum Reichstage durch. Aber welche Kämpfe kostet das, welch ein Ringen mit den schlechtesten Elementen des Volkslebens! An manchen Orten hat sich vielleicht von früherer Zeit her ein angesehenener Mann die Stimmen der Wähler zu erhalten gewußt. Scheidet er aus, so tritt der bedenklichste Kandidat an seine Stelle. Auch ist es eine merkwürdige Erscheinung, daß seit der Zeit, seit der man den Niedergang des Reichstags rechnen kann, nicht ein einziges hervorragendes parlamentarisches Talent neu erschienen ist.

Infolge der demütigen Stellung, die die Kandidaten bei der Wahl ein-

genommen haben, fühlen sich auch die Gewählten dauernd von ihren Wählern abhängig. Der demagogische Geist, mit dem man die Wähler erfüllt hat, wirkt nun auf die Abgeordneten zurück. Bei jeder Abstimmung müssen diese sich fragen: „Was werden meine Wähler dazu sagen? Werden sie mich danach auch wiedewählen?“ Die zahlreichen Versprechungen, die sie den Wählern, oft so unbedacht, gegeben haben, üben die Wirkung eines imperativen Mandats.

Dies alles hat dahin geführt, daß der Reichstag im deutschen Volke bei weitem nicht mehr das Ansehen genießt, das er früher hatte. Dem geistig geminderten Bestande entspricht auch die Art der Verhandlungen. Wie viel Zeit wird mit nutzlosem und widerwärtigem Gezänk hingebacht! Die Gleichgiltigkeit der Mitglieder an den Verhandlungen spricht sich auch darin aus, daß die Zahl der Anwesenden nur allzu oft die Beschlußfähigkeit des Reichstags bezweifeln läßt.

Daß sich die Verhältnisse, auf denen dies alles beruht, irgendwie von innen heraus wieder zum Bessern wenden könnten, daran ist nicht zu denken. Unser Volk hat sich bereits an diese Art der Wahlen gewöhnt, und von manchen Seiten werden sie als eine Art Sport betrieben. Auch ist nicht zu erwarten, daß in absehbaren Zeiten die bethörten Massen einer inneren Umwandlung unterliegen werden.

Die freisinnige Partei hat zwar bei den jüngsten Wahlen schwere Einbuße erlitten. So wie innerhalb der Fraktion selbst das noch nicht gänzlich erloschene Staatsbewußtsein einen namhaften Teil von der Fraktion absprengte, so mag es auch vielen freisinnigen Wählern zu stark gewesen sein, daß Herr Richter, um seine Parteipolitik durchzuführen, die äußere Sicherheit Deutschlands aufs Spiel setzen wollte. Ein anderer Teil der freisinnigen Wähler wird wohl zur Sozialdemokratie übergegangen sein. Denn aus welcher andern Partei hätte diese wohl ihre vermehrten Stimmen ziehen sollen, wenn nicht aus den Reihen des Freisinns und des Zentrums? Aber auch der Teil des Freisinns, der sich jetzt unter dem Namen der „freisinnigen Vereinigung“ gesammelt hat, bietet keine Gewähr dafür, daß er einer staatserkhaltenden Richtung zugethan bleiben und nicht in den Freisinn Richterscher Schule zurückfallen wird.

Das Zentrum hat zwar seine aristokratischen Elemente zum besten Teil verloren. Aber es ist darum nicht besser und auch kaum schwächer geworden. Die Massen, aus deren Wahl es hervorgeht, bleiben dieselben, und sie werden nicht von der katholischen Aristokratie, sondern von dem katholischen Klerus beherrscht, der seiner innersten Natur nach kein Freund des deutschen Reiches ist.

Die schwerste Gefahr liegt in der Sozialdemokratie, weil diese Gefahr stets wächst. Auch in dieser Beziehung haben die jüngsten Wahlen eine

wunderbare Lehre gegeben, die freilich für viele nichts überraschendes gehabt hat. Man wird sich erinnern, daß, als es sich um das Fortbestehen des Sozialistengesetzes handelte, von manchen Seiten für die Aufhebung geltend gemacht wurde: erst wenn die Sozialdemokratie selbst wieder zu Worte komme, könne man sie widerlegen und damit vernichten. Nun ist das Sozialistengesetz aufgehoben; die Sozialdemokratie hat wieder das volle Wort gehabt, und Herr Richter hat zu ihrer Widerlegung zwei Schriften geschrieben, die in ihrer Art nichts zu wünschen übrig lassen. Auch noch von anderer Seite sind ähnliche Schriften erschienen. Dann wurde im Reichstage eine viertägige Redeschlacht geliefert, deren Ergebnis war, daß die Sozialdemokraten nicht im geringsten zu sagen wußten, wie sie sich ihren sozialistischen Staat eigentlich denken. Damit schien die Sozialdemokratie tot gemacht zu sein. Und was ergaben die Wahlen? Sie ist stärker aufgetreten als je. Die daraus zu ziehende Folge ist die: die sozialdemokratische Lehre ist nicht eine Sache des Verstandes und der Einsicht, sondern eine Sache der Phantasie und des angeregten Begehrens. Mag der sozialistische Staat ein Unding sein, das niemand verstehen kann: der Weg, der zu ihm führen soll, die Enteignung der Besitzenden, ist doch sehr verständlich; und dieses Ziel genügt, der Partei immer neue Anhänger zuzuführen. Schon jetzt hat die Sozialdemokratie eine ganze Anzahl Reichstagsitze gewonnen. Noch weit größer würde diese Zahl sein, wenn sie dem Verhältnis der für sozialdemokratische Kandidaten abgegebenen Stimmen entspräche. An vielen Orten trat die sozialdemokratische Minderheit der Stimmen ganz nahe an die Mehrheit heran. Es bedarf demnach nur einer geringen Verschiebung des Stimmverhältnisses, und die Sozialdemokraten werden noch in weit größerer Zahl im Reichstage erscheinen.

Rechnet man hinzu, daß auch die polnischen und elsässischen Abgeordneten keine dem deutschen Reiche freundliche Stellung einnehmen, und daß auch die Antisemiten bei ihrer Einseitigkeit sehr unsichere Kunden sind, so ist es klar: der deutsche Reichstag ist dergestalt von feindlichen Parteien durchsetzt, daß es nur ein Zufall ist, wenn er Beschlüsse faßt, die zum Heile des Vaterlandes gereichen. Bei jeder Gelegenheit können sich so verhängnisvolle Beschlüsse, wie der am 6. Mai gefaßte, wiederholen.

Der Grund für diese Erscheinung liegt in dem allgemeinen gleichen Wahlrecht und der dadurch begründeten Herrschaft der Massen. Um sich hiervon zu überzeugen, braucht man nur den Reichstag mit dem preußischen Abgeordnetenhaus zu vergleichen. Mag man dieses auch nicht für eine Musterversammlung halten, so weist es doch ein ganz anderes Gesicht auf als der Reichstag. Andre Länder, in denen neben aller Parteierklüftung doch wenigstens das ganze Volk von einem lebendigen Nationalbewußtsein durchdrungen ist, mögen eine solche Herrschaft der Massen ohne große Gefahr ertragen können. Deutschland, wo zufolge der althergebrachten Zerrissenheit dieses National-

bewußtsein weit weniger entwickelt und wo es nicht stark genug ist, Erscheinungen, wie die jüngst im Reichstage erlebten, zu verhüten, wird bei einem Zustande dieser Art nicht auf die Länge der Zeit bestehen können.

Nun wird freilich niemand daran denken, aus dem blauen Himmel heraus eine Änderung des Wahlrechts zu versuchen. Die Massen und noch mehr ihre demagogischen Führer sind sich vollkommen bewußt, welche Macht mit diesem Wahlrecht in ihre Hände gelegt ist. Eine Abänderung würde einen Kampf auf Leben und Tod entzünden. Aber kraft einer aus der innersten Natur der Verhältnisse sich ergebenden Notwendigkeit wird es doch früher oder später zu einem solchen Kampfe kommen. Gebe Gott, daß dann die staatserkhaltenden Kräfte noch stark genug sind, ihn zu bestehen.



Die athenische Volksmoral im Drama

4



ach dem bis jetzt angeführten dürfte es schwer halten, aus den Stücken der großen Tragiker und, abgesehen von einem einzigen später zu besprechenden Umstande, selbst aus denen des Aristophanes, einen Moralgrundsatz herauszufinden, der einem edeln Charakter unserer Zeit nicht anstünde. Aber haften nicht dem griechischen Volkscharakter weltbekannte häßliche Schandflecke an?

Der strenge Christ wird einen solchen schon in dem Mangel der Feindesliebe bei den Helden der Alten finden. „Ein Achill oder Odysseus — schreibt Wundt in seiner Ethik —, in denen die Zeit, die zuerst den homerischen Gedichten lauschte, Vorbilder männlicher Tugend sah, wie anders erscheinen sie dem stoischen Philosophen oder gar dem brahmanischen Weisen und frommen Christen, denen Zorn und Rache, List und Betrug, selbst wenn diese in dem Dienste rühmlicher Zwecke zu stehen scheinen, als verabscheuungswerte Verbrechen gelten!“ Den schlauen Odysseus haben wir schon abgethan. Was aber die Rache anlangt, ist etwa der moderne Zweikampf etwas andres als Rache? Und der Beleidigte, der ihn ablehnt, darf in dem Staate, der sich heute vor allen der sittliche und christliche zu sein rühmt, dem Stande nicht angehören, den dieser Staat als seinen vollkommensten und würdigsten Repräsentanten ehrt. Auch der österreichische Kriegsminister hat kürzlich den Reserveoffizieren verboten, sich an katholischen Studentenverbindungen zu beteiligen, weil diese